

Sanktionen

Das vorliegende Update fasst die die neuen Sanktionsentwicklungen der vergangenen 14 Tage zusammen. Unter anderem gibt es Neuigkeiten zum zweiten Sanktionsdurchsetzungsgesetz, das am heutigen 11. November im Bundestag beraten wird, zu den Vorarbeiten für den so genannten Ölpreisdeckel, den die G7-Staaten und Australien zum 5. Dezember für die Verschiffung russischen Rohöls einführen wollen, sowie zu neuen Entwicklungen in Russland. In dieser Woche wurde dort eine Liste mit 74 Unternehmen veröffentlicht, die im Bereich der militärisch-technischen Zusammenarbeit unter russische Sanktionen fallen sollen, darunter auch 21 deutsche Unternehmen. Wie immer runden eine Vielzahl von Terminangeboten sowie Tipps&Links zu neuen Sanktionsstudien das Update ab.



Hier die Rubriken:

- [1. Ost-Ausschuss](#)
- [2. Deutschland](#)
- [3. Europäische Union](#)
- [4. Russland](#)
- [5. USA](#)
- [6. Weitere Länder](#)
- [7. Blick über den Tellerrand](#)
- [8. Termine](#)
- [9. Tipps&Links](#)

1. Ost-Ausschuss

Service Desk Ukraine: Nothilfe und Wiederaufbau

Aufgrund der fortgesetzten Zerstörung der (Energie)-Infrastruktur in der Ukraine bittet die ukrainische Regierung um Unterstützung durch die deutsche Wirtschaft. Alle Unternehmen, die sich an der Nothilfe und dem Wiederaufbau in der Ukraine beteiligen wollen, und/oder in entsprechenden Ost-Ausschuss-Arbeitsgruppen aktiv werden wollen, finden hier Informationen auf einen Blick:

[Service Desk Ukraine | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Neues Ost-Ausschuss Update Recovery Ukraine

Seit Oktober veröffentlicht der Ost-Ausschuss ein Update Recovery Ukraine, das Informationen zum Wiederaufbau in der Ukraine und den Aktivitäten der deutschen Wirtschaft bündelt. Die November-Ausgabe wird in Kürze erscheinen. Für ein kostenloses Abo wenden Sie sich bitte an Alena Akulich, a.akulich@oa-ev.de. Die erste Ausgabe finden Sie hier:

[UpdateRecoveryUkraine_181022 \(2\).pdf \(ost-ausschuss.de\)](#)

Ost-Ausschuss-Veranstaltungen zu Kriegsfolgen und Sanktionen

In der zweiten Novemberhälfte finden zwei Ost-Ausschuss-Veranstaltungen statt, die sich mit den Auswirkungen des Krieges auf Logistikketten sowie mit der Lage der russischen Wirtschaft infolge der Sanktionen beschäftigen werden. Der Ost-Ausschuss hatte dazu auch eine Umfrage durchgeführt, deren Ergebnisse vorgestellt werden. Hier die Veranstaltungen im Detail:

24. November 2022: Auswirkungen des Ukraine-Krieges auf Lieferketten und Logistik, Hamburg, in Präsenz

Im Rahmen unseres 70. Ost-Ausschuss-Jubiläums laden wir Sie herzlich ein nach Hamburg zur Konferenz *Bewegte Zeiten: Auswirkungen des Ukraine-Krieges auf Lieferketten und Logistik - Rückblick und Vorschau*, von 15:00 – 18:30 Uhr, auf dem Campus der Kühne Logistics University (KLU), Großer Grasbrook 17, 20457 Hamburg. Die Veranstaltung richten wir gemeinsam mit der KLU aus. Im Mittelpunkt stehen die kriegsbedingten Herausforderungen für Produzenten bzw. Verlagerer und Logistiker sowie unterschiedliche Bewältigungsstrategien im Lieferketten-Management. Es wird darüber hinaus die Frage nach den längerfristigen Perspektiven für den Wirtschaftsraum Osteuropa in einem andauernden Ukraine-Krieg bzw. nach Beendigung des Krieges diskutiert. Die Agenda

finden Sie [hier](#).

Die Teilnahme ist kostenlos. Ihre verbindliche Teilnahme ist möglich unter www.oa-event.de mit dem Code **HamburgLogistik241122**. Weitere Informationen: Dr. Martin Hoffmann, m.hoffmann@oa-ev.de

29. November: Sitzung des Arbeitskreises Russland, 11:00 – 12:30 Uhr, hybrid

Alle Mitglieder des Ost-Ausschusses sind herzlich zur hybriden Sitzung des Länderarbeitskreises Russland eingeladen. Beteiligt mit Vorträgen sind u.a. das Auswärtigen Amt und die AHK Moskau.

Die Sitzung findet im **Hybriden-Format am Dienstag, den 29. November 2022, von 11:00 bis 12:30 Uhr (MEZ) in den Räumlichkeiten des Ost-Ausschusses bzw. online** statt.

Das Programm der Sitzung finden Sie [HIER](#). Für Rückfragen steht Ihnen Dr. Christiane Schuchart zur Verfügung: c.schuchart@oa-ev.de

2. Deutschland

BDI: Stärkung der europäischen Souveränität in der Wirtschaft

Der Bundesverband der Deutschen Industrie – ein Trägerverband des Ost-Ausschusses – hat ein Grundsatzpapier zur Stärkung der europäischen Souveränität vorgelegt. Dazu sagt BDI-Präsident Siegfried Russwurm:

- „Risikovorsorge ist in den aktuellen geopolitischen Krisen das Gebot der Stunde. Einzelne Staaten wenden sich mehr und mehr von der regelbasierten internationalen Ordnung ab. Die Zusammenarbeit insbesondere mit gewichtigen Volkswirtschaften wie China muss neu definiert werden. Die EU ist am Zug, ihre Souveränität und Resilienz zu stärken.
- Europa ist mit massiven Rohstoffabhängigkeiten im Bereich der Energierohstoffe, bei kritischen Metallen und Technologien konfrontiert. Mit hoher Priorität muss die europäische Industrie ihre Abhängigkeiten reduzieren, um als Standort global wettbewerbsfähig zu bleiben. Beschaffungs- und Absatzmärkte müssen breiter diversifiziert werden.
- Die EU kommt nicht umhin, den Ausbau einer nachhaltigen Energieinfrastruktur mit Hochdruck voranzutreiben. Europa und insbesondere Deutschland werden auf lange Sicht ein Energieimporteur bleiben. Dekarbonisierung, Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit von Energie müssen zusammen gedacht werden. Die künftige Energieinfrastruktur sollte europaweit koordiniert werden.
- Mit vereinten Kräften muss die EU Schlüsseltechnologien und industrielle Fertigkeiten ausbauen, in denen Europa zukünftig führend sein will. Die Halbleiterproduktion muss als zentraler Befähiger ein Schwerpunkt europäischer Industriepolitik sein. Machine-Learning, künstliche Intelligenz und darauf aufbauende Anwendungen lassen sich nur mit leistungsfähigen Halbleiter-Bauelementen umsetzen. Für die Produktion und Entwicklung dieser Halbleiter braucht es Technologiekompetenz und eigene Produktionskapazitäten genauso wie mehr Investitionen in Forschung und Entwicklung.
- Europa ist nach wie vor der größte Global Player in Sachen Normung und Standards. Ein starkes europäisches Normungssystem ist für die strategische Souveränität Europas unerlässlich. Durch die Verbreitung staatlich getriebener nationaler Standards aus China besteht aktuell die Gefahr einer Zersplitterung von Marktzugangsbedingungen. Die EU muss ihre Normungsprozesse beschleunigen und praxistauglicher gestalten, etwa in der Wasserstoffwirtschaft, der künstlichen Intelligenz und Cybersicherheit.“

Das vollständige Strategiepapier finden Sie hier:

[Europäische Souveränität stärken \(bdi.eu\)](https://www.bdi.eu/Strategiepapier)

Bundestag berät über zweites Sanktionsdurchsetzungsgesetz

Am heutigen Freitag (11.11.) berät der Deutsche Bundestag erstmals einen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vorgelegten Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur effektiveren Durchsetzung von Sanktionen (20/4326, Sanktionsdurchsetzungsgesetz II) (wir berichteten bereits im Update). Für die Debatte im Plenum sind rund 40 Minuten eingeplant. Im Anschluss soll die Vorlage gemeinsam mit einem Antrag der CDU/CSU-Fraktion mit dem Titel „Sanktionierte russische Oligarchen wirksam zur Verantwortung ziehen und Zollpolizei schaffen“ (20/4314) zur weiteren Beratung an den Finanzausschuss überwiesen werden.

Im Antrag der Unionsfraktion wird die Bundesregierung aufgefordert, die gesamte Gesetzgebung im Bereich der Sanktionen zusammenzuführen. Dazu würden insbesondere auch die einschlägigen Bestimmungen aus dem Außenwirtschaftsgesetz gehören. Die bisherigen polizeilichen Kontroll-, Fahndungs- und Ermittlungsdienste im Zoll sollen zu einer Zollpolizei im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen gebündelt werden.

Die Deutsche Zoll und Finanzgewerkschaft BDZ fordert die Schaffung einer Clearingstelle als Interimslösung, bis die geplante neue Zentralstelle für Sanktionsdurchsetzung aufgebaut ist.

Hier die Informationen zur Debatte und den Gesetzesvorschlägen:

[Deutscher Bundestag - Abgeordnete beraten Durchsetzung von Sanktionen gegen Russland](#)

Stellungnahme des BDZ:

[Durchsetzung von Sanktionen: Clearingstelle als Interimslösung gefordert \(dbb.de\)](#)

IW: Enormer Schaden durch Corona und Krieg

Die Corona-Pandemie und der russische Krieg in der Ukraine werfen die deutsche Wirtschaft konjunkturell sowie strukturell zurück und sorgen für hohe Einbußen. Das Kölner IW-Institut hat in einer Studie, die der Nachrichtenagentur Reuters vorab vorlag, die Kosten geschätzt. „Würden diese beiden unheilvollen Ereignisse das Wirtschaftsleben nicht beeinträchtigen, dann wäre die Wertschöpfung in Deutschland in den Jahren 2020 bis 2022 um insgesamt 420 Milliarden Euro höher ausgefallen.“

Hohe Staatsausgaben wirkten diesen Verlusten zwar entgegen, beim privaten Konsum waren durch Lockdowns und inflationsbedingte Kaufkraftverluste jedoch Einbußen von rund 400 Milliarden Euro zu verzeichnen, wie die Ökonomen und Ökonomen erklärten. „In den drei Krisenjahren kamen Investitionen von 125 Milliarden Euro nicht zustande, was dauerhaft den Wohlstand belastet.“

[Corona und Ukraine-Krieg kosten deutsche Wirtschaft 420 Milliarden Euro \(handelsblatt.com\)](#)

Wintershall Dea wehrt sich gegen Spiegel-Artikel

Der Spiegel hatte in seiner Ausgabe Ende Oktober über einen angeblichen Zusammenhang zwischen der Erdgasförderung in Nordsibirien, an der Wintershall Dea über ein Joint Venture beteiligt ist, und Treibstofflieferungen an die russische Luftwaffe berichtet und in dem Beitrag suggeriert, Wintershall Dea sei dadurch an der russischen Kriegsführung gegen die Ukraine beteiligt. Auch das ZDF-Magazin Frontal hatte in einem Beitrag die These verbreitet. Der Energiekonzern mit Sitz in Kassel weist die Meldungen zurück und behält sich juristische Schritte vor. Hier die Stellungnahme von Wintershall Dea:

[SPIEGEL-Bericht zu sibirischem Kondensat | Wintershall Dea AG](#)

Henkel will Verkauf von Russland-Geschäft bis Ende 2022 abschließen

Henkel ist CFO Marco Swoboda zufolge zuversichtlich, den Verkaufsprozess für das Russland-Geschäft bis Ende des Jahres abzuschließen, dies berichtet DowJones. Der Konzern sei „mit mehreren Parteien in Verhandlungen“, der Prozess laufe „wie geplant“, sagte Swoboda in der Medien-Telefonkonferenz. Er habe auch "im Moment keine Indikation", dass in diesem Zusammenhang weitere Wertberichtigungen erforderlich sind. Zum Halbjahr hin hatte Henkel die entsprechenden Vermögenswerte als zum Verkauf stehend reklassifiziert und auf den Buchwert eine Wertberichtigung in Höhe von knapp 200 Millionen Euro vorgenommen. Henkel hatte sich im April entschlossen, seine Geschäftsaktivitäten in Russland und Belarus einzustellen. Es geht um elf Werke und 2.500 Beschäftigte, mit einer Milliarde Euro Umsatz, rund 5 Prozent des Konzern-Jahresumsatzes. Das teilweise rüstungsrelevante Klebstoffgeschäft soll nach früheren Angaben nur teilweise verkauft und ansonsten dicht gemacht werden, damit wichtige Technologien bei Henkel bleiben.

3. Europäische Union

Geänderte FAQ zu eingefrorenen Vermögenswerten und Öleinfuhren

Die EU-Kommission hat ihre FAQs zu den Russland-Sanktionen über das Einfrieren von Vermögenswerten und das Verbot von Öleinfuhren geändert, um Gelder und wirtschaftliche Ressourcen verfügbar zu machen.

Wichtigste Änderungen:

Einfrieren von Vermögenswerten und Verbot der Bereitstellung von Geldern und wirtschaftlichen Ressourcen

Die Kommission hat FAQ 15 hinzugefügt, in der es heißt: „Unter keinen Umständen und zu keinem Zweck dürfen börsennotierte Aktionäre direkt oder indirekt ihre Stimmrechte in einer Gesellschaft oder einem Fonds ausüben. Die Stimmrechte müssen vollständig eingefroren werden.“

Öleinfuhren

Neue FAQ 2 über die Einfuhr in die EU oder den Kauf oder die Verbringung von in Anhang XXV aufgeführten Gütern, die aus einem Drittland stammen, aber während des Transports mit in Anhang XXV aufgeführten Gütern vermischt werden, die aus Russland stammen.

Die Kommission erklärt dazu: „Russisches Öl, das zusammen mit Öl anderer Herkunft gemischt transportiert wird, unterliegt dem Verbot. Als Folge des Transports durch eine Pipeline, die sowohl Produktionen nicht-russischen als auch russischen Ursprungs bedient, kann jedoch Öl aus einem Drittland aus technischen Gründen mit Öl russischen Ursprungs vermischt werden, was auf infrastrukturelle Beschränkungen zurückzuführen ist. Eine solche Vermischung sollte weder die Produktion und/oder Vermarktung von Öl russischen Ursprungs erhöhen oder erleichtern noch zu vermeidbaren Finanzströmen oder indirekten Vorteilen zugunsten russischer Akteure für das über die Pipeline beförderte Öl russischen Ursprungs führen, abgesehen von den notwendigen Transportkosten“.

Aktuelle FAQ der EU mit den erwähnten Änderungen:

[Frequently asked questions - Sanctions against Russia \(europa.eu\)](https://europa.eu/frequently-asked-questions-sanctions-against-russia)

Weiter harte Kritik an Verbot von juristischer Beratung

Die NZZ warnt in einem Kommentar vor der Übernahme des EU-Verbots von Rechtsdienstleistungen für russische Unternehmen durch die Schweiz. Das Verbot, das einige Ausnahmen zulässt, war im Rahmen des 8. EU-Sanktionspakets beschlossen worden. In dem NZZ-Bericht heißt es unter anderem:

„Durch die neuen Sanktionen macht die EU deutlich, dass sie sich entgegen allen Lippenbekenntnissen ihrer Beamten und Kommissare immer noch primär als Wirtschaftsraum versteht, den es nach Möglichkeit nicht einzuschränken gilt, und dafür auch Beschlüsse auf Kosten der Rechtsstaatlichkeit fasst. Es wäre rechtsstaatlich vertretbarer gewesen, allen russischen Unternehmen den Zugang zum EU-Wirtschaftsraum zu verbieten, statt ihnen rechtsstaatliche Garantien zu entziehen. Zu meinen, dass die jetzige Vorgehensweise eine mildere Auswirkung auf den Handel haben würde, ist nicht nur naiv, sondern zeigt auch, wie wenig eng die EU den Konnex zwischen Handel und Rechtsstaatlichkeit zu vertreten bereit ist. Weicht man rechtsstaatliche Prinzipien auf und erschwert man einmalig – auch nur für eine bestimmte Gruppe – den Zugang zum Recht, so ist es nicht sehr wahrscheinlich, dass diese Vorgehensweise tatsächlich einmalig bleibt. Vielmehr besteht die Gefahr, dass dies als Vorlage dient, politische Interessen nicht mehr streng durch das Netz rechtsstaatlicher Garantien sieben zu müssen.“ Hier der ganze Beitrag:

[Sanktionen der EU gegen Russland und der Rechtsstaat \(nzz.ch\)](https://www.nzz.ch)

Schlupfloch für Sanktionen? Handel zwischen Russland und der Türkei boomt

Anfang August haben Wladimir Putin und Recep Tayyip Erdogan in der russischen Schwarzmeerstadt Sotschi eine Absichtserklärung mit einem Fahrplan für den Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen verabredet. Seitdem ist die Europäischen Union alarmiert, berichtet Tagesschau.de. Innerhalb von wenigen Monaten sind 600 russische Firmen gegründet worden. Russen sind derzeit die Ausländer in der Türkei, die bei Immobilienkäufen auf Platz eins stehen. Ein hochrangiger Beamter der Kommission in Brüssel zählt gegenüber der ARD auf, 600.000 Russen hätten sich in den vergangenen Monaten in der Türkei niedergelassen, Güterexporte und Importe von und nach Russland hätten sich seit August nahezu verdoppelt, Landtransporte über Georgien seien um bis zu 30 Prozent gestiegen. An der türkisch-georgischen Grenze seien die Kapazitäten der Zollbehörden so ausgereizt, dass Ankara die Zolleinrichtungen an der Grenze ausbauen lässt. 80 Flüge gebe es täglich zwischen Russland und der Türkei. Lediglich Geldströme seien bisher nicht nachvollziehbar. Seit Kriegsbeginn seien zahlreiche türkische Wirtschaftsdelegationen nach Russland geflogen und hätten offenbar alle möglichen Geschäfte angebahnt.

Im Vergleich zum Vorjahr hat die Türkei ihre Ölimporte aus Russland mehr als verdoppelt. Großen Bedarf hat Russland an Chips und Halbleitern, die Putin für moderne Waffen benötigt. Aufgrund der Sanktionen sei es für Russland zunehmend schwierig, solche Güter auf dem Weltmarkt zu kaufen, so der Beamte. Deshalb kaufe Russland aus Ländern, die sich an den Sanktionen nicht beteiligen, moderne Kühlschränke, Waschmaschinen oder gar Milchpumpen mit integrierten Chips. Die Rüstungsindustrie schlachte dann die Geräte aus. Bekannt sei beispielsweise eine Bestellung mehrerer 10.000 Milchpumpen aus der Türkei. Besorgt sei man in Brüssel auch, dass Russland die Wartung ziviler Flugzeuge in der Türkei durchführen lassen könnte. Dort gibt es zahlreiche Flughäfen, auf denen Flugzeuge der russischen Fluggesellschaft Aeroflot landen könnten. Die Flugzeugparks der Unternehmen Turkish Airlines und Pegasus dürften ausreichend Ersatzteile im Lager haben.

Das US-Finanzministerium hat im August türkische Unternehmen bereits schriftlich verwarnt, keine Geschäfte mit Russland durch die Hintertür zu machen. Nun wurde auch in das Anfang Oktober verabschiedete EU-Sanktionspaket Nr. 8 ein Paragraf eingefügt, der türkischen Unternehmern Kopfzerbrechen bereiten soll. Dort heißt es, dass Personen, Rechtsgebilde oder Organisationen, die Sanktionen umgehen, zur Destabilisierung der Ukraine beitragen und ebenfalls sanktioniert werden können. Wohl um keinerlei Missverständnisse aufkommen zu lassen, welches Ziel dieser Paragraf hat, kam Anfang Oktober EU-Kommissarin Mairead McGuinness nach Ankara und traf den Finanzminister, den Handelsminister und den Gouverneur der Zentralbank. In einem Interview mit der englischsprachigen türkischen Tageszeitung „Hürriyet Daily News“ sagte EU-Botschafter Nikolaus Meyer-Landrut, die EU habe ihre Sorgen gegenüber der Regierung deutlich gemacht; dies sei auch der Grund des Besuchs von Kommissarin McGuinness gewesen. Man spüre bereits eine Verunsicherung bei der türkischen Wirtschaft, so der Beamte. Aber die Kommission wolle sich Warenströme von Produkten, die Chips und Halbleiter enthalten, nun noch genauer ansehen. Die Türkei müsse darauf achten, dass sie keine Drehscheibe für den Handel mit Russland werde, weil das zu einem schweren Reputationsschaden führen könnte, warnte der EU-Repräsentant.

[Türkisch-russischer Handel: Ein Schlupfloch durch die Sanktionen? | tagesschau.de](https://www.tagesschau.de)

EU-Kommission warnt Bulgarien vor Umgehung der Ölsanktionen

Das russische Unternehmen Lukoil, Eigentümer der einzigen bulgarischen Raffinerie, solle nicht versuchen, das EU-Embargo zu umgehen und aus russischem Öl hergestellte Ölprodukte im Ausland zu verkaufen, dies erklärte laut Euraktiv ein Sprecher der EU-Kommission. Kommissionssprecher Daniel Ferry sagte, Bulgarien habe zwar ausnahmsweise das Recht erhalten, russisches Öl bis 2024 zu beziehen, dies bedeute aber nicht, dass es daraus Profit schlagen und es exportieren könne. Ferry erläuterte, dass der Zweck der Ausnahmeregelung darin bestehe, dass Bulgarien importiertes russisches Öl im Inland verwenden, aber nicht ins Ausland weiterverkaufen dürfe, sei es in der EU oder in Drittländern.

Polen errichtet Zaun an der Grenze zur russischen Exklave Kaliningrad

Wie die Nachrichtenagentur AFP berichtet, will die polnische Regierung einen Zaun entlang der Grenze zur russischen Exklave Kaliningrad errichten, um illegale Grenzübertritte zu verhindern. Diese Entscheidung, die Polens Verteidigungsminister Mariusz Blaszczak in Warschau verkündete, gehe zurück auf Befürchtungen innerhalb der Regierung, dass Russland einen Zustrom von Migranten inszenieren könnte. „Der Flughafen in Kaliningrad lässt nun Flüge aus dem Nahen Osten und Nordafrika zu. Ich habe beschlossen, Maßnahmen zu ergreifen, um die Sicherheit an der polnischen Grenze zu erhöhen“, sagte Blaszczak vor Reportern. Blaszczak zufolge wird die Anlage aus drei parallelen Stacheldrahtzäunen mit einer Höhe von 2,5 m und einer Gesamtbreite von 3 m sowie aus elektronischen Geräten bestehen.

Polen hatte bereits an seiner Ostgrenze zu Belarus eine 3 Kilometer breite und 400 Kilometer lange Zone eingerichtet, deren Zutritt gesperrt war für alle nicht dort ansässigen Personen, auch für Mitarbeiter von Nichtregierungsorganisationen und Journalisten. Zehntausende von Migranten und Flüchtlingen, vor allem aus dem Nahen Osten, haben seit 2021 die Grenze von Belarus nach Polen überquert oder versucht, sie zu überqueren. Seitdem die Maßnahmen im Juli aufgehoben wurden, bleibt es dennoch verboten, sich der Grenze auf weniger als 200 m zu nähern.

Kernbrennstäbe: Hohe Abhängigkeit Europas von Russland

Alle Wege führen nach Moskau, wenn es um Betrieb und Neubau von Atomkraftwerke geht, berichtet das Handelsblatt. Rosatom und seine 300 Tochterunternehmen betreiben und bauen weltweit mehr Atomkraftwerke (AKW) als irgendein anderer Staat.

Von russischem Uran sind in der EU einer Studie des österreichischen Umweltbundesamts zufolge „Bulgarien, Ungarn, die Slowakei und Tschechien zu 100 Prozent abhängig“, die EU insgesamt zu 20 Prozent – das ist mehr als der russische Anteil an der Gasversorgung. Rund die Hälfte des von Rosatom angereicherten Urans landet in EU-Ländern und Großbritannien. Seinen Erfolg verdanke das Unternehmen geschickten internationalen Allianzen, vor allem mit Frankreich. Mit dem staatlichen Versorger EDF, dem Brennstofflieferanten Orano und dem Anlagenbauer Framatom, der auch die französische Nuklearrüstung trägt, hat Rosatom in den vergangenen Jahren unzählige Abkommen geschlossen. Aus der engen Kooperation resultiere eine Abhängigkeit, die vierfacher Art ist: Erstens beziehe Frankreich angereichertes Uran aus Russland, zweitens exportiert Frankreich abgebranntes Uran aus seinen AKWs nach Russland, drittens nehme Rosatom Framatom, EDF oder auch Schneider Electric mit, wenn es im Ausland neue AKWs baue. Die Franzosen könnten dann Turbinen, Steuerungstechnik oder Sicherheitseinrichtungen liefern. Eine vierte Abhängigkeit entstünde gerade: Im vergangenen Jahr haben Air Liquide und EDF mit Rosatom abgesprochen, „grünen“ Wasserstoff herzustellen, in Frankreich, Russland und anderswo. EDF sagte dem Handelsblatt, man lasse das Abkommen vorübergehend ruhen.

Die Abhängigkeit von Russland sei ein Grund, warum die Kernindustrie bislang aus den Sanktionen gegen Russland ausgenommen worden sei. Die Bundesregierung geht hier inzwischen auf Abstand: Das Bundesumweltministerium sagte dem Handelsblatt, es sei für „die Erweiterung der EU-Sanktionsmaßnahmen auf die kerntechnische Industrie Russlands. Dies wird mit den europäischen Partnern abzustimmen sein.“

Bulgarien will sich von russischen Kernbrennstäben unabhängig machen

Bulgariens Nationalversammlung hat die Übergangsregierung zur Beschleunigung des Verfahrens für die Beschaffung von nicht-russischen Brennstäben für die beiden sowjetischen Reaktoren des Atomkraftwerks Kosloduj verpflichtet. Dies berichtet Euraktiv.

Der Vorschlag, das Verfahren zur Beschaffung von nicht-russischem Kernbrennstoff zu beschleunigen, wurde von der GERB, der Partei des ehemaligen Ministerpräsidenten Bojko Borissow, eingebracht. Nach Ansicht der Partei müsse die Regierung dringend die Energieversorgung und die nationale Sicherheit des Landes gewährleisten, indem sie eine Alternative zum russischen Brennstoff für das Kernkraftwerk bereitstellt.

Nachdem ausreichend Abgeordnete den GERB-Vorschlag mitgetragen haben, muss die geschäftsführende Regierung nun sicherstellen, dass die erste Lieferung von nicht-russischem Brennstäben bis spätestens April 2024 erfolgt. Erwogen werden Lieferungen aus den USA oder Frankreich, die aber auch kein russisches Uran mehr enthalten dürfen.

[Brennstäbe aus Russland: Bulgariens Übergangsregierung braucht Alternativen – EURACTIV.de](#)

Russische Medien umgehen EU-Sanktionen

Nach Informationen der Plattform für investigativen Journalismus Correctiv fällt es russischen Medien leicht, ihr Sendeverbot innerhalb der EU zu umgehen. Wie löchrig die Umsetzung der EU-Sanktionen ist, zeige das Beispiel RT DE, dem deutschen Ableger des russischen Senders. Laut Correctiv veröffentlicht RT DE Artikel auf sogenannten Spiegelseiten – Kopien der originalen Webseite von RT DE. „Bis heute konnten wir die Texte auf mehreren Seiten aus Deutschland problemlos aufrufen, obwohl wir die Bundesnetzagentur bereits am 20. Oktober dazu angefragt haben. Es gab Dutzende solcher Kopien in den vergangenen Monaten.“

[Wie RT DE die EU-Sanktionen umgeht \(correctiv.org\)](#)

EU-Informationen zu Russland-Sanktionen

Alle EU-Sanktionsentwicklungen in der Übersicht:

[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine | European Commission \(europa.eu\)](#)

Sanktionskarte der EU:

[EU Sanctions Map](#)

4. Russland

Sanktionen gegen 74 ausländische Unternehmen

Die russische Regierung hat nach Informationen der Iswestija eine Sanktionsliste mit 74 ausländischen Unternehmen im Bereich der militärisch-technischen Zusammenarbeit verabschiedet. Dies geht aus einem Bericht auf der Website des Ministerkabinetts vom 8. November hervor. „Die Regierung hat eine Liste von juristischen Personen gebilligt, gegen die besondere wirtschaftliche Maßnahmen ergriffen werden sollen“, heißt es in der Erklärung.

Die Liste umfasse Organisationen aus Bulgarien, Kanada, der Tschechischen Republik, Estland, Deutschland, Litauen, der Slowakei, Montenegro, Polen, Großbritannien und den Vereinigten Staaten. Darunter sind auch 21 Unternehmen aus Deutschland wie Jenoptik, Schaeffler, Rohde&Schwarz, Atlas Elektronik, E.sigma Systems usw.

Transaktionen im Bereich der militärisch-technischen Zusammenarbeit sind mit den Unternehmen auf der Liste verboten.

Die Resolution wurde auf der Grundlage des Erlasses des russischen Präsidenten „Über die Anwendung wirtschaftlicher Vergeltungsmaßnahmen im Zusammenhang mit unfreundlichen Handlungen einiger ausländischer Staaten und internationaler Organisationen“ ausgearbeitet.

Hier der Link zur Gesamtliste:

[Постановление Правительства РФ \(government.ru\)](#)

Bereits am 25. Oktober hatte das Außenministerium der Russischen Föderation die Liste der Vertreter der Länder, die Mitglieder der Europäischen Union sind und denen die Einreise nach Russland verboten ist, erweitert. Das Ministerium erklärte, dass auf alle unfreundlichen Aktivitäten westlicher Länder weiterhin rechtzeitig und angemessen reagiert werde. Zuvor, am 7. September, hatte Russland die Liste der Vertreter der EU-Institutionen und ihrer Mitgliedsstaaten, denen die Einreise nach Russland untersagt ist, ebenfalls erweitert. Die Beschränkungen wurden insbesondere auf die oberste militärische Führung der EU, hochrangige Beamte der Sicherheitsbehörden der EU-Mitgliedstaaten und Vertreter europäischer Handelsorganisationen im Bereich der Waffen- und Rüstungsproduktion ausgedehnt, die an der Lieferung von Militärprodukten an Kiew beteiligt sind.

Bericht:

[Правительство РФ утвердило перечень попадающих под санкции зарубежных компаний | Новости политики | Известия | 08.11.2022 \(iz.ru\)](#)

Webseite des Ministerkabinetts:

[Новости - Правительство России \(government.ru\)](#)

Bericht des Deutschlandfunks:

Russische Regierung verlängert Exportverbote

Die russische Regierung hat ein Dekret, das die Ausfuhr bestimmter Holzarten, von Stahlabfällen und -schrott, Wolfram, Keramik und einigen Waren und Ausrüstungen vorübergehend verbietet, bis Ende 2023 verlängert. Dies berichtet der Kommersant. Die Ausfuhr der Produkte ist in alle Länder mit Ausnahme der Mitgliedstaaten der Eurasischen Wirtschaftsunion verboten. Die Beschränkungen gelten für mehr als 1.600 Güter, darunter technische und medizinische Geräte, landwirtschaftliche Maschinen, elektrische Geräte, Turbinen und Kernreaktoren. Darüber hinaus sind bestimmte Arten von Flugzeugen, Radaranlagen, Batterien und Metallbearbeitungsmaschinen aus Russland verboten. Am 26. Oktober verlängerte Präsident Wladimir Putin als Reaktion auf die westlichen Sanktionen das Dekret, das ein Verbot der Aus- und Einfuhr von Produkten und Rohstoffen nach Russland gemäß den von der Regierung festgelegten Listen vorsieht, bis Anfang 2024.

Die Regierung hatte die entsprechende Liste am 10. März festgelegt. Das Verbot wurde auf Autos, Passagier- und Frachtschiffe sowie Yachten, Flugzeuge und Drohnen ausgeweitet.

[Правительство продлило до 2024 года запрет на вывоз 1,6 тыс. наименований товаров - Новости – Экономика – Коммерсантъ \(kommersant.ru\)](#)

Umfrage zu Wirkung von Sanktionen und Teilmobilisierung in Russland

Das Büro des russischen Ombudsmannes der Wirtschaft, Boris Titow, hat Ergebnisse einer Umfrage unter Unternehmern zu den Auswirkungen von Sanktionen und Teilmobilisierungen auf ihre Arbeit analysiert, berichtet der Kommersant. Wie sich durch die Umfragen herausstellte, sei das Hauptproblem nach wie vor die mangelnde Nachfrage nach Produkten und Dienstleistungen auf dem heimischen Markt. Außerdem wurden Personalengpässe, Bargeldlücken bei Zahlungen und unterbrochene Lieferketten festgestellt. Obwohl sich die meisten Unternehmen auf die Sanktionen eingestellt hätten, gab ein Drittel der Befragten an, dass ihre Einnahmen stark zurückgegangen sind, und 6 Prozent planen, ihr Unternehmen zu schließen.

Insgesamt nahmen 5 800 Unternehmen an der Umfrage teil (74 % Kleinstunternehmen, 21 % kleine Unternehmen, 3,4 % mittlere Unternehmen und 1,6 % große Unternehmen). Ein Drittel der Befragten ist demnach von einer teilweisen Mobilisierung betroffen. In gut der Hälfte (58 %) dieser Fälle ersetzen die Unternehmer das mobilisierte Personal entweder schnell oder ein solcher Ersatz war nicht erforderlich. Ein Fünftel der Unternehmen ist aber immer noch nicht in der Lage, Ersatz für die ausgeschiedenen Arbeitnehmer zu finden. So habe die Mobilisierung das Problem des Personal Mangels verschärft. Ein Drittel der Unternehmen klagt über Personal mangel.

64 Prozent der Befragten beklagen einen Rückgang der Inlandsnachfrage, 29 Prozent klagen über Betriebsmittelengpässe und Liquiditätslücken. Darüber hinaus waren die Unternehmen nicht in der Lage, ihre Lieferketten vollständig wiederherzustellen (26,5 Prozent der Befragten) und haben Schwierigkeiten mit Importen (19 Prozent). Insgesamt waren die Unternehmen in der Lage, sich an die Sanktionen anzupassen (55 Prozent). 16 Prozent haben sie überhaupt nicht bemerkt, zehn Prozent hingegen konnten mit den Folgen der Beschränkungen nicht umgehen.

Die Einschätzungen der aktuellen Geschäftslage sind weniger optimistisch: Neun Prozent berichten von einem robusten Umsatzwachstum, 30 Prozent halten den Abschwung für beherrschbar, während 27 Prozent von einem „schweren Abschwung“ und 7 Prozent der Unternehmen von einer „Krise“ sprechen. Sechs Prozent der Befragten gaben an, dass Unternehmen bereits schließen mussten oder bald schließen werden.

[Мобилизация затронула треть компаний – Экономика – Коммерсантъ \(kommersant.ru\)](https://www.kommersant.ru)

Alkoholika jetzt auch auf der Liste der Parallelimporte

Das Ministerium für Industrie und Handel der Russischen Föderation hat Alkohol in die Liste der Waren für Parallelimporte aufgenommen, berichtet die russische Zeitung Iswestija. Die Information geht aus einem Erlass des Ministeriums hervor, der am Mittwoch, dem 2. November, auf der offiziellen Website für Rechtsinformationen veröffentlicht wurde. Die aktualisierte Liste enthält einige ausländische Wein-, Champagner- und Spirituosenmarken wie Jägermeister, White Horse, Malibu, Jose Cuervo, Jack Daniels's und andere. Die Liste umfasst auch Marken von Autoteilen, Chemikalien, Spielzeug und anderen Waren.

Zuvor, am 20. Oktober, hatte Wladimir Bulawin, Leiter des Föderalen Zolldienstes der Russischen Föderation, erklärt, dass 1,6 Millionen Tonnen Waren im Wert von 12,6 Milliarden Dollar durch Parallelimporte nach Russland eingeführt wurden.

Einen Monat zuvor hatte Denis Manturow, stellvertretender Ministerpräsident und Leiter des Ministeriums für Industrie und Handel, gegenüber der Zeitung Iswestija erklärt, dass Russland im Jahr 2022 Waren im Wert von 20 Milliarden Dollar durch Parallelimporte einführen werde.

[Минпромторг РФ внес в список для параллельного импорта алкоголь | Новости экономики | Известия | 02.11.2022 \(iz.ru\)](https://www.izvestia.ru)

Sanktionen reduzieren Russlands Nicht-Rohstoff-Exporte um knapp 20 Prozent

Aufgrund der Sanktionen werden sich die direkten Verluste von 20 wichtigen russischen Nicht-Rohstoff-Exportindustrien im Jahr 2022 auf 25,7 Milliarden Dollar belaufen. Dies entspricht 19 Prozent des Exportvolumens von 2021, so die Präsentation von Trust

Technologies (ehemals PwC), die von der russischen Wirtschaftszeitung RBK zitiert wird. Der Quelle der Zeitung zufolge wurde die Präsentation im Auftrag der russischen Rechnungskammer erstellt.

Ungefähr 80 Prozent der direkten Verluste entfallen auf Exporte in die Europäische Union, 11 Prozent auf Exporte in die Ukraine und 10 Prozent auf Lieferungen in das Vereinigte Königreich. 2021 hatte Russland noch einen Rekordwert bei den Ausfuhren von Nicht-Rohstoffen (ohne Energie) erzielt. Er betrug 193 Milliarden Dollar.

Maersk liquidiert russische Tochter

Das dänische Seecontainerunternehmen Maersk hat beschlossen, seine russische Tochtergesellschaft MAERSK LLC zu liquidieren. Dies geht aus einer Erklärung hervor, die am 2. November auf dem Portal Fedresource veröffentlicht wurde.

[Датская Maersk ликвидирует дочернюю компанию в России | Новости экономики | Известия | 02.11.2022 \(iz.ru\)](#)

Mazda kündigt Rückzug aus Russland an

Der japanische Automobilkonzern Mazda Motor beendet laut Informationen der russischen Nachrichtenagentur Tass seine Aktivitäten in Russland und beabsichtigt, seinen Anteil an dem Joint Venture in Wladiwostok an Sollers Auto zu übertragen. „Das Unternehmen hat beschlossen, seine gesamte Beteiligung an Mazda Sollers Manufacturing Rus LLC zugunsten unseres Joint-Venture-Partners Sollers PJSC zu übertragen. Am 24. Oktober 2022 haben wir einen Anteilsübertragungsvertrag unterzeichnet“, so der Automobilhersteller. Analysten haben errechnet, dass Mazda Motor durch den Rückzug der Marke vom russischen Markt einen Verlust von 82 Millionen Dollar erleiden dürfte.

Zentralbankchefin und Chef der Sberbank besorgt wegen Sanktionen

Der Strukturwandel der Wirtschaft in Russland wird nicht ein Jahr dauern, dieser Prozess wird noch komplizierter werden, wenn eine globale Krise eintritt. Diese Aussage machte Elvira Nabiullina, die Chefin der Zentralbank am 8. November, wie die russische Zeitung Iswestija berichtet.

„Dieser (Strukturwandel der Wirtschaft. - Anm. d. Red.) ist ein sehr komplexer und vielschichtiger Prozess, wir berücksichtigen in unserer Politik, wie er sich im Kontext der Branchen und Regionen entwickelt. <...> Nach unseren Einschätzungen wird er im nächsten Jahr und in den Folgejahren weitergehen. Und ihr Tempo und ihr Erfolg im Allgemeinen wird von vielen Faktoren abhängen“, sagte der Leiter der Zentralbank von Russland.

Nabiullina wies auch darauf hin, dass die Auswirkungen der Sanktionen auf die Wirtschaft sowohl in Russland als auch in der Welt nicht unterschätzt werden sollten, da es nicht möglich sei, sich gegen Einschränkungen und Konsequenzen zu wehren.

„Die Sanktionen sind sehr mächtig, und ihre Auswirkungen auf die russische und die globale Wirtschaft sollten nicht unterschätzt werden, es wird unmöglich sein, sich ihrer Auswirkungen zu erwehren“, betonte sie.

Ähnlich besorgt äußerte sich laut RBK der Präsident der russischen Sberbank German Gref. Der Abzug ausländischer Unternehmen ist „eine der langfristigen negativen Folgen“ für die Wirtschaft, sagte dieser im Rahmen eines Wirtschaftsforums. Der Rückzug von Ausländern aus dem russischen Markt werde den Wettbewerb im Lande stark beeinträchtigen, und selbst der Erhalt von Vermögenswerten durch russische Manager wird die daraus resultierenden Verluste der Wirtschaft nicht ausgleichen, so Gref.

„Ich kann den Rückzug ausländischer Anbieter aus dem Markt nicht positiv bewerten. Kein russisches Unternehmen wird in der Lage sein, das Niveau des Wettbewerbs aufrechtzuerhalten, das sie hatten, und wenn man einmal einige Vermögenswerte - und zwar relativ günstig - erhält, wird das ein einmaliger Gewinn für jemanden sein, aber langfristig wird die Wirtschaft verlieren, weil die Wettbewerbsdichte abnehmen wird. Wir reden hier über Innovation, das wichtigste Mittel zur Entwicklung von Innovation ist ein sehr harter Wettbewerb. Wo es keinen Wettbewerb gibt, gibt es auch keine Innovation. Und in diesem Sinne denke ich, dass eine der langfristigen negativen Folgen für die russische Wirtschaft der Rückzug mächtiger ausländischer Unternehmen vom russischen Markt und der Rückgang [des Wettbewerbs] ist“, sagte Gref auf dem Forum "Finopolis" in Moskau, wie ein Korrespondent von RBK berichtet.

Positiv äußerte sich demnach hingegen der Chef der Bank VTB Andrey Kostin, der auf dem gleichen Forum sprach: „Wir haben den Übergangsprozess in Richtung Importsubstitution für unsere eigenen Produkte ab 2019 begonnen. Und wenn wir 2019 in allen wichtigen IT-Kategorien zu 90 Prozent von ausländischen Produkten abhängig waren, sind es heute weniger als die Hälfte, und bis Ende 2024 planen wir, in der kritischen Infrastruktur fast 100 Prozent selbst zu produzieren.“

Laut Informationen von RBK haben bis Anfang September 34 Prozent der großen ausländischen Unternehmen, die in Russland tätig sind, ihre Aktivitäten in dem Land eingeschränkt, 15 Prozent haben beschlossen, Russland durch die Übertragung auf den neuen Eigentümer der russischen Einheit zu verlassen, und sieben Prozent haben einen vollständigen Rückzug aus dem heimischen Markt vorgenommen, ohne das Geschäft zu verkaufen. Grundlage für die Zahlen ist eine Studie des Zentrums für strategische Forschung.

[Набиуллина призвала не преуменьшать влияние санкций на экономику | Новости экономики | Известия | 08.11.2022 \(iz.ru\)](#)

[Греф заявил о потерях экономики из-за ухода иностранных компаний — РБК \(rbc.ru\)](#)

Zwei Milliardäre geben aus Protest ihren russischen Pass ab

Mit Revolut-CEO Nikolay Storonsky und Tinkoff-Gründer Oleg Tinkow haben zwei prominente Finanzunternehmer ihre russische Staatsbürgerschaft abgelegt, berichtet Capital. Unter Russlands Oligarchen und Unternehmenslenkern gebe es bislang nur wenige, die von Präsident Wladimir Putin wegen seines Angriffskriegs gegen die Ukraine öffentlich abgerückt sind. Nun hätten mit Oleg Tinkow, Gründer der russischen Tinkoff-Bank, und Nikolay Storonsky, Chef der britischen Neobank Revolut, zwei Großunternehmer aus Protest gegen den russischen Angriffskrieg ihre russische Staatsbürgerschaft aufgegeben.

Veränderte Handelsströme

Eine interaktive Visualisierung der New York Times zeigt, wie sich in den vergangenen Monaten die internationalen Lieferbeziehungen Russlands gravierend verändert haben.

[Russian Trade Boomed After Invading Ukraine, Providing Ample War Funds - The New York Times \(nytimes.com\)](https://www.nytimes.com/interactive/2022/03/22/europe/russia-trade-ukraine.html)

Unfreundliche Länder - Übersicht

Auf diesen Karten der Online-Zeitung RBK sind die Länder, die Russland als „unfreundlich“ betrachtet, dargestellt:

[Какие страны Россия считает недружественными. Карта — РБК \(rbc.ru\)](https://www.rbc.ru/news/europe/2022/03/22/which-countries-russia-consider-hostile)

Neue FAQ zum geplanten Ölpreisdeckel

Am 31. Oktober veröffentlichte das Office of Foreign Asset Control eine neue FAQ 1094 zum Umgang mit dem für Anfang Dezember geplanten Ölpreisdeckel für Lieferungen russischen Öls per Schiff.

Frage: Unterliegt Rohöl mit Ursprung in der Russischen Föderation, das vor dem 5. Dezember 2022 im Ladehafen für den Seetransport auf ein Schiff verladen wird, der Preisobergrenze?

Antwort: Nein, vorausgesetzt, das Öl wird im Bestimmungshafen vor dem 19. Januar 2023, 12:01 Uhr östlicher Standardzeit, gelöscht. Rohöl mit Ursprung in der Russischen Föderation, das vor dem 5. Dezember 2022, 12:01 Uhr östlicher Standardzeit, auf ein Schiff geladen und vor dem 19. Januar 2023, 12:01 Uhr östlicher Standardzeit, im Bestimmungshafen gelöscht wird, unterliegt nicht der Preisobergrenze (auch bekannt als „Seeverkehrspolitik“). US-Dienstleister können weiterhin Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem Seetransport von Rohöl mit Ursprung in der Russischen Föderation erbringen, das zu einem Preis oberhalb der Preisobergrenze erworben wurde, sofern das Rohöl vor dem 5. Dezember 2022, 12:01 Uhr östlicher Standardzeit, im Ladehafen für den Seetransport auf ein Schiff verladen und vor dem 19. Januar 2023, 12:01 Uhr östlicher Standardzeit, im Bestimmungshafen gelöscht wird.

Nachfolgend ein Beispiel für eine zulässige Transaktion im Einklang mit der Politik für Seeverkehrsdienstleistungen:

Ein US-amerikanischer Rohstoffhändler unterzeichnet am 1. November 2022 einen Vertrag über den Kauf von Rohöl mit Ursprung in der Russischen Föderation zur Verschiffung in ein Land, das die Einfuhr dieses Rohöls nicht verboten hat. Der US-Rohstoffhändler veranlasst, dass das Öl im Ladehafen auf ein Schiff verladen wird. Das Schiff wird am 1. Dezember 2022 beladen, und es wird ein Konnossement ausgestellt. Das Öl wird verschifft und am 15. Dezember 2022 im Bestimmungshafen entladen. Die US-Versicherungsgesellschaften bieten Versicherungsschutz für diese Verschiffung/Reise und zahlen gegebenenfalls alle damit verbundenen Ansprüche aus.

Wie in den vorläufigen Leitlinien des OFAC erwähnt, planen die G7-Länder und Australien zum 5. Dezember einen Ölpreisdeckel einzuführen, der den Transport russischen Rohöls per Schiff nur unterhalb einer definierten Preisgrenze von Sanktionen freistellt. Die Ausfuhr, die Wiederausfuhr, den Verkauf oder die Lieferung von Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Beförderung auf dem Seeweg direkt oder indirekt aus den Vereinigten Staaten oder durch eine Person der Vereinigten Staaten, unabhängig von ihrem Standort, von Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem Seetransport von Rohöl oder Erdölerzeugnissen mit Ursprung in der Russischen Föderation ist dann nur erlaubt, wenn der Preis dieses Rohöls oder dieser Erdölerzeugnisse mit Ursprung in der Russischen Föderation die Preisobergrenze nicht überschreitet. Diese Bestimmung soll am 5. Dezember 2022 um 12.01 Uhr östlicher Standardzeit für den Seetransport von

Rohöl mit Ursprung in der Russischen Föderation wirksam, das am 5. Dezember 2022 um 12.01 Uhr östlicher Standardzeit verladen wird.

[1094 | U.S. Department of the Treasury](#)

Sanktions-Schlupfloch: So gelangt russisches Öl in amerikanische Autos

Zusätzlich zum Öl-Embargo der USA und der EU haben die G7-Staaten im September weltweit eine Preisobergrenze für russische Öllieferung beschlossen. Damit sollten Russlands Möglichkeiten beschränkt werden, den Krieg gegen die Ukraine zu finanzieren, und der weltweite Anstieg der Energiepreise eingedämmt werden. Die USA rechnen damit, dass die Festlegung eines Preisdeckels für sein Öl Russland deutlich schaden wird. US-Finanzministerin Janet Yellen verkündete in Washington zur Preisobergrenze für russisches Öl: „Sie wird sowohl Russlands Fähigkeit beeinträchtigen, seinen ungerechtfertigten Krieg in der Ukraine zu führen, als auch den Verfall der russischen Wirtschaft beschleunigen.“ Die G7 hätten einen „entscheidenden Schritt nach vorn gemacht“, um ein doppeltes Ziel zu erreichen, nämlich die weltweiten Energiepreise zu senken und gleichzeitig Putin die Einnahmen zur Finanzierung seines brutalen Krieges in der Ukraine zu entziehen, sagte Yellen. Recherchen des Wall Street Journal, über die Merkur.de berichtet, zeigen allerdings, dass russisches Öl sogar als Kraftstoff für amerikanische Autos zum Einsatz kommt – ganz legal, trotz Öl-Embargos. Denn Russland nutzt für den Verkauf seines Öls ein Schlupfloch bei den US-Sanktionen.

Russland liefert dafür einfach Rohöl an die Raffinerie des russischen Mineralölkonzerns Lukoil in Sizilien, berichtet das Wall Street Journal. Bis zu 93 Prozent russisches Rohöl werden dort laut Magazin für die Benzinherstellung verwendet. Da das Öl in Italien raffiniert wurde, gilt es nun als italienisches Produkt – und nicht mehr als russisches.

Der Kraftstoff wird dann legal in die Vereinigten Staaten verschifft und an verschiedene Abnehmer verkauft. Dabei wird das Benzin aus russischem Rohöl vor allem an Tankstellen entlang der US-amerikanischen Ostküste verkauft, berichtet das Wall Street Journal. US-Behörden wollten sich zu dem Thema gegenüber dem Magazin nicht äußern. Darüber hinaus wurde Lukoil, der zweitgrößte russische Ölkonzern, von den USA nicht mit Sanktionen belegt. Im März war Lukoil eines der wenigen russischen Unternehmen, die dazu aufriefen, die russische Offensive in der Ukraine zu stoppen. Monate später starb der Vorstandschef Rawil Maganow unter mysteriösen Umständen beim Sturz aus dem Fenster eines Moskauer Krankenhauses. Wenn auch das Öl-Embargo der EU gegen Russland am 5. Dezember in Kraft tritt, könnte es mit dem Schlupfloch über die sizilianische Raffinerie für Lukoil aber vorbei sein.

[Sanktions-Schlupfloch: So gelangt russisches Öl in amerikanische Autos \(merkur.de\)](#)

OFAC veröffentlicht Ausnahmegenehmigung für Konsulate und im Energiebereich

Das Office of Foreign Asset Control hat am 10. November die Russland-bezogene Allgemeine Lizenz 53 veröffentlicht, die Sanktionsausnahmen für Transaktionen für russische diplomatische Vertretungen erlaubt. Außerdem wurden Ausnahmen für Transaktionen mit einer Liste von russischen Banken im Energiebereich bis zum 15. Mai 2023 verlängert (General Licence 8D). Gleichzeitig wurden die amerikanischen FAQ zur Auslegung der US-Sanktionen erweitert. FAQ 1096 beschreibt die Transaktionen, die für die offiziellen Geschäfte der russischen diplomatischen oder konsularischen Vertretungen in oder außerhalb der USA erforderlich sind.

General License für diplomatische Vertretungen:

[russia_gl53.pdf \(treasury.gov\)](#)

General License für den Energiebereich:

[russia_gl8d.pdf \(treasury.gov\)](#)

Neue FAQ:

[1096 | U.S. Department of the Treasury](#)

6. Sanktionen weiterer Länder

Großbritannien

Durchsuchung bei Abramowitsch war offenbar illegal

Die Polizei der britischen Nordseeinsel Jersey hat laut Informationen von Reuters eingeräumt, mit Verbindungen zum russischen Milliardär Roman Abramowitsch zu unrecht durchsucht zu haben. Die Polizei erklärte sich demnach bereit, Schadenersatz zu zahlen und sich zu entschuldigen. Am 12. April verhängte das Königliche Gericht von Jersey eine formelle Einfrierungsverfügung über Vermögenswerte im Wert von sieben Milliarden Dollar, die mit Abramowitsch in Verbindung stehen. Die Polizei führte Durchsuchungen von Räumlichkeiten durch, die im Verdacht standen, mit Abramowitsch in Verbindung zu stehen.

Die Rechtmäßigkeit der am selben Tag ausgestellten Durchsuchungsbefehle wurde jedoch von den durchsuchten Unternehmen angefochten. In einer von zwei Quellen bestätigten Einverständniserklärung vom 9. November räumte die Polizei von Jersey ein, dass „die Durchsuchungsbefehle unrechtmäßig erwirkt wurden“ und stimmte zu, „dass die Durchsuchungsbefehle aufgehoben werden sollten“, heißt es in einer Kopie des Dokuments, die Reuters vorliegt. Dem Rechtsdokument zufolge hat ein Polizeibeamter aus Jersey, der zur Abteilung für Wirtschaftskriminalität und Beschlagnahmung abgeordnet ist, die Durchsuchungsbefehle beantragt. Die Polizei erklärte sich außerdem bereit, Schadenersatz und Kosten zu zahlen, bestätigte, dass alle Kopien der bei den Durchsuchungen beschlagnahmten Dokumente vernichtet worden seien und dass sich die Polizei bei Abramowitsch entschuldigen werde, heißt es in dem Dokument.

Laut einem Bericht des Guardian haben britische Behörden inzwischen russisches Vermögen im Wert von 18 Milliarden britischen Pfund eingefroren.

[UK sanctions now cover £18bn of Russian-owned assets | Russia | The Guardian](#)

Ölpreisdeckel kommt

Am 5. Dezember 2022 treten in Großbritannien wie auch in den anderen G7-Staaten neue Sanktionen in Kraft. Sie betreffen Erdöl und Erdölzeugnisse der Warennummern 2709 und 2710, die ihren Ursprung in Russland haben oder aus Russland versandt werden.

Die neuen Verordnungen:

- Vorverlegung des Umsetzungsdatums für Einfuhrverbote für russisches Öl und Ölprodukte vom 31. Dezember 2022 auf den 5. Dezember 2022 (wie durch die Russia (Sanctions) (EU Exit) (Amendment) (No. 14) Regulations 2022 eingeführt.

- Verbot der Lieferung von russischem 2709- und 2710-Öl und Ölprodukten per Schiff von einem Ort in Russland in ein Drittland oder von einem Drittland in ein anderes Drittland. Das Verbot für Öl und Ölerzeugnisse der Sorten 2710 tritt am 5. Februar 2023 in Kraft.
- Verbot der Erbringung von Finanzdienstleistungen, einschließlich Versicherungen, und von Maklerdiensten zur Erleichterung der Lieferung von russischem 2709 und 2710 Öl und Ölprodukten von einem Ort in Russland in ein Drittland oder von einem Drittland in ein anderes Drittland.
- Ausnahmen von den Maßnahmen vorsehen, wenn 2709- und 2710-Öl und Ölprodukte ihren Ursprung in einem Land haben, das nicht Russland ist, sich nicht im Besitz einer mit Russland verbundenen Person befinden und nur in Russland verladen werden, von dort abgehen oder durch Russland durchgeführt werden, oder in anderen Fällen, in denen ein Notfall begründet werden kann.
- Übertragung der Befugnis zur Verhängung zivilrechtlicher Geldstrafen gegen Personen, die sich nicht an die neuen Ölhandelsmaßnahmen halten, an das OFSI. Bestehende strafrechtliche Sanktionen für Verstöße gegen die Handelssanktionen finden ebenfalls Anwendung.

In der Begründung heißt es:

Es wird eine Allgemeingenehmigung eingeführt, um eine Ausnahme von der Preisobergrenze zu ermöglichen, bei der die Lieferung von russischem Öl und Ölerzeugnissen der Nummern 2709 und 2710 per Schiff sowie die Erbringung damit verbundener Nebenleistungen für Importeure aus Drittländern möglich ist, sofern sie Öl unterhalb der Preisobergrenze kaufen.

Für bestimmte Tätigkeiten, die für die Energieversorgungssicherheit entscheidend sind, werden weitere Lizenzen eingeführt.

[UK government bans services enabling the transport of Russian oil - GOV.UK \(www.gov.uk\)](https://www.gov.uk/government/news/uk-government-bans-services-enabling-the-transport-of-russian-oil)

Verbot russischen Goldes ausgeweitet

Die britischen Behörden haben laut russischen Medien das Verbot von Goldimporten aus Russland ausgeweitet: Es ist nun verboten, Gegenstände, die in Drittländern verarbeitetes russisches Gold enthalten, in das Land einzuführen. Das Dokument ist auf der Website der Regierung veröffentlicht.

„Die bestehenden Verbote für die Einfuhr und den Ankauf von Gold und zusätzlichen Dienstleistungen im Zusammenhang mit Gold, das in einem Drittland verarbeitet wurde und Gold aus Russland enthält, werden ausgeweitet“, heißt es in der Erklärung.

[Великобритания расширила запрет на импорт золота из России — РБК \(rbc.ru\)](https://www.rbc.ru/news/world/2023/02/02/uk-ban-gold)

Vier Oligarchen neu gelistet

Großbritannien hat Anfang November vier weitere „Oligarchen“ auf seine Russland-Sanktionsliste gesetzt: Alexander Grigorjewitsch Abramow, Alexander Wladimirowitsch Frolow, Airat Mintimerowitsch Schaimiew und Albert Kashafowitsch Schigabutdinow.

Abramow ist ein ehemaliger nicht geschäftsführender Direktor von Evraz PLC und Frolow ein ehemaliger Direktor und ehemaliger CEO von Evraz PLC. Sie wurden wegen ihrer Beteiligung an der russischen Rohstoff-, Transport- und Baubranche in die Liste aufgenommen. Schaimiew ist CEO und Mitglied des Verwaltungsrats von OAO Tatawtodor, einem staatlichen russischen Bauunternehmen, und Schigabutdinow ist Generaldirektor und CEO der AO TAIF Group, die Unternehmen umfasst, die in den Bereichen Energie, Finanzdienstleistungen sowie Informations-, Kommunikations- und digitale Technologien tätig sind.

Keines der neu sanktionierten Unternehmen ist bislang in den USA oder der EU gelistet.

[UK sanctions Russian steel and petrochemical tycoons funding Putin's war - GOV.UK \(www.gov.uk\)](https://www.gov.uk/government/news/uk-sanctions-russian-steel-and-petrochemical-tycoons-funding-putin-s-war)

Kanada

35 Angestellte von Energieunternehmen neu sanktioniert

Kanada verhängte am 28. Oktober 2022 weitere Russland-Sanktionen und benannte 35 leitende Angestellte von Energieunternehmen, die bereits kanadischen Sanktionen unterliegen, darunter Gazprom und seine Tochtergesellschaften, sowie sechs weitere Unternehmen, die im russischen Energiesektor tätig sind: Infrastructure Molzhaninovo LLC, Sibuglemet Group LLC, Transoil LLC, Lukoil PJSC, NNK JSC und Gas Industry Insurance Company SOGAZ. Vorschriften und Pressemitteilung.

Premierminister Justin Trudeau kündigte außerdem an, dass Kanada beabsichtigt, Akteure aus dem russischen Justiz- und Sicherheitssektor, die in Menschenrechtsverletzungen gegen russische Oppositionsführer verwickelt sind, auf eine Liste zu setzen. Zu den Betroffenen können Polizeibeamte und Ermittler, Staatsanwälte, Richter und Gefängnisbeamte gehören.

[Prime Minister announces new measures to support Ukraine | Prime Minister of Canada \(pm.gc.ca\)](https://pm.gc.ca/en/news/prime-minister-announces-new-measures-to-support-ukraine)

Neuseeland

Neue Listungen

Das neuseeländische Außenministerium hat die Aufnahme von 14 Personen und 7 Einrichtungen in seine Russland-Sanktionsliste bekannt gegeben. Zu den benannten

Personen gehören Militärangehörige, Verteidigungseinrichtungen und Führungskräfte, Desinformationskanäle sowie eine paramilitärische Organisation und deren leitende Anführer. Die neuseeländische Sanktionsliste ist hier abrufbar:

[Russia Sanctions Register | New Zealand Ministry of Foreign Affairs and Trade \(mfat.govt.nz\)](https://mfat.govt.nz/russia-sanctions-register)

7. Blick über den Tellerrand

Baerbock will Iran-Sanktionen ausweiten

Wegen des gewaltsamen Vorgehens gegen Demonstranten im Iran wollen die EU-Staaten nach den Worten von Bundesaußenministerin Annalena Baerbock (Grüne) rasch weitere Sanktionen verhängen, dies berichten FAZ und Spiegel. „Wir arbeiten mit Hochdruck am nächsten Sanktionspaket“, schrieb Baerbock am 9. November im Kurzmitteldienst Twitter. „Nächste Woche wollen wir es verabschieden.“ Laut Spiegel haben Deutschland und weitere EU-Staaten vorgeschlagen, gegen weitere 31 Verantwortliche und Institutionen aus dem Sicherheitssektor des Iran vorzugehen. Dabei gehe es um das Einfrieren von Vermögen und um Einreiseverbote.

[Iran: Baerbock stellt weitere EU-Sanktionen in Aussicht \(faz.net\)](https://www.faz.net)

China droht der Schweiz mit Verschlechterung der Beziehungen wegen Sanktionen

China droht der Schweiz mit einer Verschlechterung der Beziehungen bei einer Übernahme der EU-Sanktionen gegen die Volksrepublik, dies berichtet n-tv. „Sollte die Schweiz die Sanktionen übernehmen und sich die Situation in eine unkontrollierte Richtung entwickeln, werden die chinesisch-schweizerischen Beziehungen darunter leiden“, sagte demnach der chinesische Botschafter in Bern, Wang Shihting, der „Neuen Züricher Zeitung“.

Die EU wirft China Massenverhaftungen von muslimischen Uiguren und Menschenrechtsverletzungen vor. Die Staatengemeinschaft hatte in diesem Zusammenhang im vergangenen Jahr die ersten Sanktionen gegen Personen und Institutionen in China seit der Niederschlagung der Proteste auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking 1989 verhängt. Die Schweiz hat bisher nicht entschieden, ob sie sich den Sanktionen der EU anschließt. „Die Sanktionen verstoßen gegen völkerrechtliche Normen, sie dienen einzig der Eindämmung Chinas“, zitierte die Zeitung den Botschafter. China ist der wichtigste Handelspartner der Schweiz.

[Übernahme von EU-Sanktionen: China droht Schweiz mit Verschlechterung der Beziehungen - n-tv.de](https://www.n-tv.de)

8. Termine

15. / 16. November: Konferenz Global Economic Sanctions

Am 15. und 16. November findet in London die jährliche Konferenz für Sanktionsexperten statt. Die Veranstaltung ist kostenpflichtig. Hier weitere Informationen zu den Veranstaltern und zum Programm:

[Global Economic Sanctions | C5 Communications \(c5-online.com\)](#)
[Agenda | Global Economic Sanctions \(c5-online.com\)](#)

16. November: IW-Diskussionsrunde zu den Auswirkungen des russischen Krieges, 14:00-15:00 per Zoom

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat tiefgreifende Konsequenzen für Politik und Wirtschaft weltweit, aber auch für Russland selbst. Die westlichen Staaten koppeln sich zunehmend von Putins Reich ab. Wirtschaftssanktionen erschweren den Zugang zu modernen Technologien und Kapitalgütern. Viele insbesondere junge, gut ausgebildete Russen verlassen ihr Land, um der Mobilmachung und wachsenden Repressionen zu entgehen. Russlands traditionelle Abhängigkeit von Rohstoffexporten macht das Land zusätzlich verwundbar.

Wie wirkt der Krieg unmittelbar auf die russische Wirtschaft? Welche Entwicklungsperspektiven bleiben ihr? Einführen in die Veranstaltung werden IW-Direktor Michael Hüther und Simon Gerards Iglesias. Nach einer Erwidern von Dr. Mario Holzner, dem geschäftsführenden Direktor des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiv) wollen wir mit Ihnen diskutieren.

Die Veranstaltung findet statt am Mittwoch, 16. November, 14:00 – 15:00 Uhr | Digital per ZOOM

Impulsvortrag:

Prof. Dr. Michael Hüther, Institut der deutschen Wirtschaft (IW)

Dr. Simon Gerards Iglesias, Institut der deutschen Wirtschaft (IW)

Diskussion:

Dr. Mario Holzner, Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WiiW)

Moderation:

Dr. Knut Bergmann, Institut der deutschen Wirtschaft (IW)

Die Veranstaltung findet via ZOOM statt. Über folgenden Link können Sie beitreten:

<https://iwkoeln-de.zoom.us/j/87375428296?pwd=dWlzZDlNdGdDL2RCM2p2ZS9UNjI4dz09>

17. November 2022: Ukraine War Upends Europe's Power Dynamics, Repräsentanz der Robert Bosch Stiftung in Berlin, 17:30 Uhr

Russia's invasion of Ukraine has prompted dramatic changes in the European Union. Indeed, the EU is financing military assistance to a country at war – in Europe. It has radically rethought its policy towards Russia, including the formulation of several packages of unprecedented sanctions. And it is reorganizing, at great cost, its energy supply.

Power dynamics within the EU have been upended. Member states formerly occupied by the Soviet Union, particularly Poland, now have a stronger voice; their mistrust towards Russia has been vindicated by Russian leader Vladimir Putin's unprovoked war. Moreover, their position as front-line states make them strategically more important.

The EU candidate status awarded to Ukraine could further push the union's center of gravity to the east, even destabilizing the powerful Franco-German tandem and their leading role in the EU. It presents a deep challenge to Germany, whose policies self-understanding have been questioned by the war and its consequences.

with

Piotr Buras, Senior Policy Fellow and Head of Warsaw Office at European Council on Foreign Relations (ECFR), Ralf Fücks, Managing Director of Center for Liberal Modernity, Thomas Gomart, Director of French Institute of International Relations (IFRI)

Moderated by Sylvie Kauffmann, Editorial Director, Le Monde; and Richard von Weizsäcker Fellow, Robert Bosch Academy

<https://registration.bosch-stiftung.de/EuropesPowerDynamics?hl=QWNhZGVteQ==>

24. November 2022: Auswirkungen des Ukraine-Krieges auf Lieferketten und Logistik, Hamburg

Im Rahmen unseres 70. Ost-Ausschuss-Jubiläums laden wir Sie herzlich ein nach Hamburg zur Konferenz Bewegte Zeiten: Auswirkungen des Ukraine-Krieges auf Lieferketten und Logistik - Rückblick und Vorschau, 24. November 2022 von 15:00 – 18:30 Uhr, auf dem Campus der Kühne Logistics University (KLU), Großer Grasbrook 17, 20457 Hamburg.

Die Veranstaltung richten wir gemeinsam mit der KLU aus. Im Mittelpunkt stehen die kriegsbedingten Herausforderungen für Produzenten bzw. Verlagerer und Logistiker sowie unterschiedliche Bewältigungsstrategien im Lieferketten-Management. Es wird darüber hinaus die Frage nach den längerfristigen Perspektiven für den Wirtschaftsraum Osteuropa in einem andauernden Ukraine-Krieg bzw. nach Beendigung des Krieges diskutiert. Die Agenda finden Sie [hier](#).

Die Teilnahme ist kostenlos. Ihre verbindliche Teilnahme ist möglich unter www.oa-event.de mit dem Code **HamburgLogistik241122**. Weitere Informationen: Dr. Martin Hoffmann, m.hoffmann@oa-ev.de

29. November: Sitzung des Arbeitskreises Russland, 11:00 – 12:30 Uhr, hybrid

Die Mitglieder des Ost-Ausschusses sind herzlich zur hybriden Sitzung des Länderarbeitskreises Russland unter Leitung von Mario Mehren, Vorstandsvorsitzender der Wintershall Dea AG und Länderkreissprecher Russland des Ost-Ausschusses, eingeladen. Beteiligt sind Vertreter des Auswärtigen Amts und der AHK Moskau.

Die Sitzung findet im **Hybriden-Format am Dienstag, den 29. November 2022, von 11:00 bis 12:30 Uhr (MEZ) in den Räumlichkeiten des Ost-Ausschusses** statt. Bitte beachten Sie, dass die **Zahl der Teilnehmer begrenzt** ist und eine **Teilnahme nur nach Bestätigung** durch den Ost-Ausschuss möglich ist.

Das Programm der Sitzung finden Sie [HIER](#). Für Rückfragen steht Ihnen [Dr. Christiane Schuchart](#), T: 030 206167 123, jederzeit gern zur Verfügung.

1. Dezember: Arbeitskreis Gesundheitswirtschaft von Ost-Ausschuss und GHA (10:00 – 11:00 CET)

The 13th meeting of the OA/GHA Health Working Group is planned for 1 December (10:00-11:00 CET). We will inform you shortly on the agenda and event mode (hybrid/online).

You can already register here: [13th Eastern Europe & CIS Working Group Health Meeting | 1 December 2022 - GHA - German Health Alliance](#)

13. Dezember 2022: 36. Sitzung des Berliner Eurasischen Klubs, 10:30 bis 13:30 Uhr, Berlin

Um eine Ausweitung der Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Kasachstan geht es bei der nächsten Sitzung des Berliner Eurasischen Klubs. Aus Kasachstan wird eine Delegation unter der Leitung des Stellvertretenden Premierministers und Außenministers der Republik Kasachstan Mukhtar Tleuberdi anreisen. Auch das Auswärtige Amt wird beteiligt sein. Veranstaltungsort ist der Ballsaal im Waldorf Astoria in Berlin.

Für weitere Fragen und Informationen stehen Ihnen der Leiter der Wirtschaftsabteilung, Botschaftsrat Dauren Akberdiyev (Tel.: 030 47 007 133, E-Mail: d.akberdiyev@mfa.kz) und der Regionaldirektor Zentralasien im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft, Eduard Kinsbruner (Tel.: 030 206167114, E-Mail: E.Kinsbruner@oa-ev.de) gerne zur Verfügung.

9. Tipps & Links

In eigener Sache: Gerne machen wir Sie auf folgende Stellenausschreibung aufmerksam:

Assistenz (m/w/d) des Geschäftsführers im Ost-Ausschuss, Vollzeit (39h/Woche)

Weitere Informationen zu dieser und weiterer Ausschreibungen finden Sie hier:

[Karriere | Aktuelle Stellenangebote | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Eine **IfW-Studie** hat untersucht, ob und wie sich die **Sanktionen gegen Russland von 2014** und den Iran von 2012 auf den Wohlstand und den Handel auswirken. Dabei kamen die Forscher um Julian Hinz vom IfW Kiel zu dem Ergebnis, dass die Russland-Sanktionen eine erhebliche Wirkung besitzen. In Russland sanken laut der Simulation sowohl die Importe (- 30 Prozent) als auch die Exporte (- 36 Prozent). Die Handelsgewinne brachen dadurch um zehn Prozent ein und es kam zu einem Wohlstandsverlust von 1,5 Prozent. Im Ausland haben Länder wie Litauen, Lettland, Estland und die Ukraine durch die Russland-Sanktionen einen besonders hohen Wohlstandsverlust erlitten. In den USA, Großbritannien, Japan, Kanada und Australien verursachten die Sanktionen hingegen nur einen geringen Wohlstandsverlust.

[Auswirkungen von Sanktionen gegen Russland untersucht \(forschung-und-wissen.de\)](#)

Im **Deutschlandfunk** zieht Moskau-Korrespondent Florian Kellermann eine **Bilanz der Auswirkungen westlicher Sanktionen auf Russland** und berichtet einerseits von einem erstarkten Rubel und andererseits von wachsenden Folgen für den russischen Alltag:

[Sanktionen gegen Russland - Von Wirkung und Wirkungslosigkeit wirtschaftlicher Strafmaßnahmen | deutschlandfunk.de](#)

Das Wiener Wirtschaftsforschungsinstitut **wiiw** hat sich den Plan der ukrainischen Regierung für den **Wiederaufbau** des Landes kritisch angeschaut. „Der Plan lässt enorme Anstrengungen erkennen, weist aber auch eine Reihe von Defiziten auf“, schreibt das wiiw. Zu den Stärken zähle das Bestreben, institutionelle Reformen in Angriff zu nehmen, die Macht der bisher allgegenwärtigen Oligarchen zu beschneiden und die Ukraine an EU-Standards heranzuführen. Schwachpunkte seien, dass die Wachstumsperspektiven überschätzt würden und geplante Steuersenkungen eigene Spielräume verringern würden. Hier die Pressemitteilung zur Analyse:

[german-pnd-117.pdf \(wiiw.ac.at\)](#)

Gibt es Chancen für Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine? Sabine Fischer von der Stiftung Wissenschaft und Politik geht dieser Frage nach und spricht in Ihrer

Analyse von einer „**Mission Impossible**“. „Frieden für die Ukraine liegt in weiter Ferne. Die bisherigen Verhandlungen zeigen, dass es vor allem Moskaus Kriegführung und seine Herangehensweise an Verhandlungen sind, die eine diplomatische Lösung untergraben. Deutschland und seine europäischen und transatlantischen Partner können sich aber schon jetzt in enger Abstimmung mit Kyjiw auf den Moment vorbereiten, in dem Verhandlungen wieder möglich sind.“ Hier die vollständige Analyse:

[Friedensverhandlungen im Krieg zwischen Russland und der Ukraine: Mission impossible \(swp-berlin.org\)](https://www.swp-berlin.org/News/News-Details/Friedensverhandlungen-im-Krieg-zwischen-Russland-und-der-Ukraine-Mission-impossible)

Deutsche Osteuropaexpertinnen und -experten u.a. von ZOIS und SWP haben sich in der „Zeit“ zum **Wiederaufbau in der Ukraine und den dafür nötigen Bedingungen** geäußert. „Zweifellos muss zunächst die Wiederherstellung der kritischen Infrastruktur im Zentrum stehen“, heißt es in dem Gastartikel. „Doch es wäre riskant, Reformen auf unbestimmte Zeit zu vertagen. ... Aus dem Westbalkan und anderen Konfliktkontexten ist bekannt, dass gerade in Zeiten bewaffneter Konflikte informelle Netzwerke gedeihen, die über den Krieg hinaus den Nährboden für Korruption und *State Capture* bilden. Daher braucht es wirksame Korruptionsbekämpfung und eine funktionierende Justiz so schnell wie möglich – ohne dass aber mit überbürokratisierten Verfahren der Wiederaufbau behindert würde.“ [Konferenz in Berlin: Ein Wiederaufbau im Schatten des Krieges ist möglich | ZEIT ONLINE](#)

Wichtige Kontakte zu Sanktionen:

„**Kurzinformationen für Arbeitgeber**“ sind zu diesem Thema auch auf dem Portal „[Make it in Germany](#)“ unter dem Link [Gewinnung und Beschäftigung von russischen Fachkräften \(make-it-in-germany.com\)](#) abrufbar.

Euler- Hermes – Russland und Belarus – Infoseite:

[Russland - Ukraine - AGA-Portal \(agaportal.de\)](https://www.agaportal.de/)

Übersichtsseite des BAFA zu Russland-Sanktionen

[BAFA - Russland](#)

Sanktionsübersicht der deutschen Zollbehörde

Der deutsche Zoll hat auf seiner Internetseite konsolidierte Fassungen zu den europäischen Sanktionsverordnungen gegen Russland und Belarus eingestellt:

Russland:

[https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eu_833_2014.pdf?__blob=publicationFile&v=9\)](https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eu_833_2014.pdf?__blob=publicationFile&v=9)

Belarus:

https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eg_765_2006.pdf?__blob=publicationFile&v=19

GTAI-Sanktionsübersicht

Über diese Internet-Seite von Germany Trade&Invest finden Sie die wichtigsten Sanktionsübersichten: [Russland-Ukraine-Konflikt \(gtai.de\)](https://gtai.de)

AEB: Sanktionsübersicht

Eine Übersicht zur Sanktionsentwicklung in Russland, FAQ und Unterstützungsmöglichkeiten finden Sie auf dieser der Internetseite der Association of European Businesses AEB in Russland:

[News \(aeb.ru\)](https://www.aeb.ru/news)

AHK Belarus Krisenhotline

+375 44 775 00 74 (Telegram, Viber, WhatsApp)

Von Montag bis Sonntag von 07.00 bis 21.00 Uhr MEZ (08.00 – 22.00 Uhr Minsker Zeit) erreichbar.

Spendenaufwurf der AHK/DIHK und des Ost-Ausschusses für die Ukraine

Gemeinsam mit einem großen Netzwerk ukrainischer Partner, mit welchem das DeutschUkrainische Forum seit Jahren Hilfspakete an Bedürftige in der ganzen Ukraine verteilt, können wir helfen. Wir bitten Sie dazu um Spenden auf das Ukraine-Spendenkonto der Johanniter:

Spendenkonto:

Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.,

BIC: BFSWDE33XXX

IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00

Bank für Sozialwirtschaft

Stichwort: SupportUkraine

[Website zum Spendenaufwurf der Johanniter: Link](#)

+++ Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss: Exklusive Zugänge zu Entscheidern und Informationen+++

Die Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft steht allen deutschen Unternehmen sowie ausländischen Unternehmen mit deutschen Töchtern offen. Als Mitglied profitieren Sie von unseren exklusiven Zugängen zu den Regierungen in **29 Partnerländern Mittel- und Osteuropas**. Sie können zwischen 13 Arbeitskreisen zu Ländern und Branchen und rund 150 Fachveranstaltungen im Jahr wählen und erhalten exklusive Informationspakete. Wir unterstützen Sie aktiv bei der Umsetzung Ihrer Projekte, bringen Ihre Fragen in bilateralen Regierungsarbeitsgruppen ein und nehmen Sie mit auf Delegationsreisen in unsere Region. Eine Mitgliedschaft ist günstiger als Sie vermuten und zahlt sich direkt aus. Werden Sie Teil eines starken Netzwerkes in der größten und ältesten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft! Weitere Informationen zu den Konditionen einer Mitgliedschaft finden Sie [hier](#).

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Haftungsausschluss:

Die Update-Inhalte werden mit größter Sorgfalt erstellt und stammen aus seriösen und öffentlich zugänglichen Quellen.

Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte sowie für die im Update enthaltenen Links zu den externen Webseiten Dritter können wir jedoch keine Gewähr übernehmen. Das Update ist für interne Zwecke der Abonnenten und die Mitglieder des Ost-Ausschusses bestimmt. Eine Weiterleitung sollte nur nach Rücksprache mit uns erfolgen und geschieht in Eigenverantwortung.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V. Informieren ▪ Vernetzen ▪ Handeln



Andreas Metz
Leiter Public Affairs
T. +49 (0)30 206167-120
A.Metz@oa-ev.de
Breite Straße 29
10178 Berlin

www.ost-ausschuss.de
LinkedIn | Facebook | Twitter @OstAusschuss